



Detailansicht des Registereintrags

Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin e. V.

Stand vom 30.08.2024 08:39:59 bis 12.06.2025 14:36:41

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004652
Ersteintrag:	25.05.2022
Letzte Änderung:	30.08.2024
Letzte Jahresaktualisierung:	25.06.2024
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontakt Daten:	Adresse: DGP e. V. Aachener Str. 5 10713 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493030101000 E-Mail-Adressen: dpg@palliativmedizin.de Webseiten: www.palliativmedizin.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Mitgliedsbeiträge, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

0,10

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Prof. Dr. med. Claudia Bausewein**
Funktion: Präsidentin
2. **CA Dr. med. Bernd Oliver Maier**
Funktion: Vizepräsident
3. **Andreas Müller**
Funktion: Vizepräsident

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):

1. **Heiner Melching**
2. **Prof. Dr. med. Claudia Bausewein**
3. **CA Dr. med. Bernd Oliver Maier**
4. **Andreas Müller**

Gesamtzahl der Mitglieder:

6.331 Mitglieder am 13.03.2024, davon:

6.163 natürliche Personen

168 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (4):

1. AWMF
2. EAPC
3. BAGSO
4. DNVF

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (6):

Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Arzneimittel; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Hauptaufgabe der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin e.V. (DGP) im Bereich der Interessenvertretung besteht darin, den Stellenwert der Palliativversorgung in verschiedenen Gesetzesvorhaben bzw. im bestehenden rechtlichen Rahmen als unverzichtbarer Bestandteil der medizinischen Versorgung weiter zu verankern und zu festigen. Neue wissenschaftliche Erkenntnisse aus dem Bereich der Palliativmedizin sollen dabei Eingang in bestehende und zukünftige Rechtsnormen finden.

Konkrete Regelungsvorhaben (3)

1. Veränderung der Regelungen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes KHVVG

Beschreibung:

Für eine flächendeckende Palliativversorgung muss die Leistungsgruppe Palliativmedizin dringend angepasst werden. Es sind sowohl Palliativstationen mit ausreichenden Betten als auch Palliativdienste notwendig.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 235/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13407 (Vorgang) [alle RV hierzu]

a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/11854, 20/12894, 20/13059 Nr. 4 - Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) - b) zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Sichert, Jörg Schneider, Dr. Christina Baum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD - Drucksache 20/5550 - Geburtshilfe in Deutschland flächendeckend sicherstellen - Fehlanreize beseitigen - c)...

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) (Vorgang)

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

2. Integration der Palliativversorgung in das Gesetz zur Reform der Notfallversorgung

Beschreibung:

Im Gesetzentwurf zur Reform der Notfallversorgung (NotfallGesetz) sollen palliativmedizinische Aspekte stärker berücksichtigt werden, um eine adäquate Versorgung dieses Personenkreises zu ermöglichen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Notfallversorgung NotfallGesetz NotfallG

Datum des Referentenentwurfs: 03.06.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

3. Stärkere Berücksichtigung der Palliativversorgung im KHVVG**Beschreibung:**

Der immer wichtiger werdende medizinische Bereich der Palliativversorgung scheint bei der Umsetzung des KHVVG vergessen worden zu sein. Wir gehen davon aus, dass wirklich niemand in Deutschland eine Verschlechterung der Versorgung Schwerstkranker und Sterbender beabsichtigt. Aus unserer Sicht ist dies aber nicht auszuschließen und möchten daher eine stärkere Verankerung und Berücksichtigung der Palliativversorgung im KHVVG erreichen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 235/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13407 (Vorgang) [alle RV hierzu]

a) zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung - Drucksache 20/11854, 20/12894, 20/13059 Nr. 4 - Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) - b) zu dem Antrag der Abgeordneten Martin Sichert, Jörg Schneider, Dr. Christina Baum, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD - Drucksache 20/5550 - Geburtshilfe in Deutschland flächendeckend sicherstellen - Fehlanreize beseitigen - c)...

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) (Vorgang)

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2407010004** (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 29.04.2024 an:

Bundesregierung

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **BMFSFJ**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Projektförderung für Verbesserung des Zuganges zu Informationen und Angeboten

2. **Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege**

Deutsche Öffentliche Hand – Land

München

Betrag: 40.001 bis 50.000 Euro

Projektförderung zur Unterstützung der Geschäftsstelle der Landesvertretung Bayern

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

20.001 bis 30.000 Euro

Beträge über 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (1):

1. **Deutsche Krebshilfe**

Betrag: 20.001 bis 30.000 Euro

Zuschuss zur Unterstützung der Durchführung des DGP-Mitgliedertages 2023

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

Gesamtsumme:

730.001 bis 740.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

240801-vorlaeufiger-Jahresabschluss-2023.pdf